

Beamtenrecht

Inhaltsverzeichnis

I.	Die Selbstanzeige – Teil 1	1
1.	Vollständigkeit der Angaben	2
2.	Rechtzeitigkeit der Selbstanzeige.....	2
3.	Nachzahlung der hinterzogenen Steuern	2
II.	Neues auf rehmnetz.....	3

I. Die Selbstanzeige – Teil 1

*von Christian Horvat, Rechtsanwalt
meyerhuber rechtsanwälte partnerschaft*

Der August-Newsletter hat einen ersten Eindruck vom Steuerstrafrecht und seiner Bedeutung auch für Beamte verschafft. Es hat sich gezeigt, dass die „Gelegenheiten“ zur Verkürzung von Steuern mannigfaltig sind und Steuerstraftaten sind, und Steuerstraftaten empfindliche Freiheitsstrafen zur Folge haben können. Außerdem drohen massive disziplinarrechtliche Folgen.

Strafrechtlich kann einer einmal begangenen Steuerstraftat mit einer sog. Selbstanzeige begegnet werden.

Nach § 371 Abs. 1 AO wird nämlich nicht wegen Steuerhinterziehung bestraft,

„wer gegenüber der Finanzbehörde zu allen unverjährten Steuerstraftaten einer Steuerart in vollem Umfang die unrichtigen Angaben berichtigt, die unvollständigen Angaben ergänzt oder die unterlassenen Angaben nachholt.“

Diese Ausgabe des Newsletters liefert einen Überblick über die Voraussetzungen der straffbefreienden Selbstanzeige. Im Oktober wird sich eine Dar-

stellung der speziell zu beachtenden „Gefahren“ der Selbstanzeige gerade auch im Hinblick auf das Disziplinarrecht anschließen.

Produktipp

Schütz †, Maiwald, Brockhaus u.a.

Beamtenrecht des Bundes und der Länder - Kommentar

dargestellt anhand des BeamtStG und des LBG NRW, einschließlich Vorschriftensammlung



10.600 Seiten Loseblattwerk
134. Aktualisierung Aug 13
wird ca. 8 mal im Jahr aktualisiert

189,95 €

zzgl. Aktualisierungslieferungen

Der Kompass durch das Beamtenrecht

1. Vollständigkeit der Angaben

Nach § 371 Abs. 1 AO ist eine vollständige Korrektur erforderlich. Das bedeutet, es muss für den relevanten Zeitraum bezüglich der betreffenden Steuerart (etwa der Einkommensteuer) eine vollständige „Rückkehr zur Steuerehrlichkeit“ erfolgen.

Die Relevanz dieser Voraussetzung und die hierdurch gebotene Präzision können nicht häufig und deutlich genug betont werden.

Es darf etwa nicht passieren, dass – etwa wegen der möglichen Nennung auf sog. Steuer-CDs – zwar ausländische Kapitaleinkünfte nacherklärt werden, Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung jedoch weiterhin unerwähnt bleiben. Eine solche „Teilselbstanzeige“ führt nach neuerer höchstrichterlicher Rechtsprechung gerade nicht (mehr) zur Straffreiheit, auch nicht, soweit sie die nunmehr offengelegten Einkünfte betrifft.

Die Angaben in der Selbstanzeige müssten zudem so umfassend sein, dass das Finanzamt auf ihrer Grundlage die Steuer korrekt festsetzen kann.

Es ist daher zwingend geboten, auch sämtliche relevanten Belege – etwa die Ertragnisaufstellungen ausländischer Banken, die bestenfalls im Original zu überreichen sind – beizufügen, um dem vorskizzierten „Grundsatz der Materiallieferung“ Genüge zu tun.

2. Rechtzeitigkeit der Selbstanzeige

Wird die Selbstanzeige zu spät eingereicht, bleibt der Genuss der Straffreiheit versagt. Es soll quasi nur der privilegiert werden, der nach § 371 Abs. 1 Nr. 1, 2 AO gibt es insgesamt vier Szenarien, die die Straffreiheit ausschließen:

1. Dem Täter oder seinem Vertreter ist eine Prüfungsanordnung nach § 196 AO bekannt gegeben worden.
2. Dem Täter oder seinem Vertreter ist die Einleitung des Straf- oder Bußgeldverfahrens bekannt gegeben worden.
3. Ein Amtsträger der Finanzbehörde ist zur steuerlichen Prüfung, zur Ermittlung einer Steuerstraftat oder einer Ordnungswidrigkeit erschienen.

4. Eine der Steuerstraftaten war bereits entdeckt und der Täter wusste dies oder musste bei verständiger Würdigung der Sachlage damit rechnen.

Einen weiteren – allerdings überwindbaren – Sperrgrund normiert § 371 Abs. 2 Nr. 3 AO für den Fall, dass durch die Tat eine Verkürzung bzw. einen Steuervorteil von über 50.000,- € eingetreten ist. In diesem Fall hat der Täter nach § 398 a AO nämlich durch Zahlung der hinterzogenen Steuern zuzüglich eines Betrags in Höhe von 5 % zu Gunsten der Staatskasse die Möglichkeit, Straffreiheit durch Leistung einer Mehrzahlung zu erlangen.

Produktipp

Dr. Hans Weiß, Franz Niedermaier †,
Professor Dr. Rudolf Summer

Beamtenrecht in Bayern

Mit beamtenrechtlichen Nebengesetzen und
Vollzugsvorschriften Praktiker-Kommentar



9.074 Seiten
Loseblattwerk in 6 Ordnern
Stand 180. Aktualisierung August
2013 wird ca. 6 mal im Jahr aktu-
alisiert

219,95 €

zzgl. Aktualisierungslieferungen

Das Standardwerk zum Bayerischen Beamtengesetz
und Beamtenstatusgesetz

3. Nachzahlung der hinterzogenen Steuern

Schließlich setzt die Straffreiheit nach § 371 Abs. 3 AO auch voraus, dass die hinterzogenen Steuern innerhalb einer „bestimmten angemessenen Frist entrichtet“ werden.

Daher muss – darauf hat insbesondere der Berater rechtzeitig hinzuweisen – vor Abgabe der Selbstanzeige gewährleistet sein, dass ausreichend Barmittel zur Verfügung stehen. Nur so wird auch dem „Erfolgsunrecht“ hinreichende Kompensation zuteil. Außerdem sollen durch die Möglichkeit der strafbefreienden Selbstanzeige ja gerade fiskalische Interessen befriedigt werden.

Es empfiehlt sich auch, bereits kurz nach Abgabe der Selbstanzeige einen mit einem großzügig bemessenen Sicherheitsaufschlag versehenen Betrag als Akontozahlung an das Finanzamt zu überweisen. Dies nimmt insbesondere auch positiven Einfluss auf die Höhe der nach § 233 a AO zu entrichtenden Nachforderungszinsen.

Vorstehendes stellt freilich nur einen Grobüberblick der Materie dar. So bereitet etwa die Frage, wann ein Täter bei verständiger Würdigung der Sachlage mit Entdeckung rechnen musste, erhebliche Abgrenzungsschwierigkeiten, weshalb diese Problematik für sich genommen einen solchen Beitrag füllen könnte.

Allerdings sollte offenbar geworden sein, dass die Selbstanzeige ein hervorragendes Mittel ist, Nachlässigkeiten oder bewusste Verfehlungen zu korrigieren.

Stets ist aber darauf Acht zu geben, dass kein anderer oder weiterer Schaden als Nebeneffekt eintritt. Über jene Gefahren und Risiken, die bei kunstgerechter Behandlung zumeist durchaus in den Griff zu bekommen sind, lesen Sie in zwei Monaten mehr...

Dr. Christian Horvat, Rechtsanwalt

II. Neues auf rehmnetz

News

[SZ-Artikel zu Beamten-Pensionen: "Der ewige Neid"](#)

Gesetzgebung

[Nds.: Neue Urlaubsregelung für Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter](#)

Downloads

[Jahresprogramm 2014 der BAKoeV](#)

Blog zum Beamtenrecht

Unser Experte Dr. Maximilian Baßlsperger kommentiert wöchentlich die Beamtenreform und ihre Folgen – immer mit einem wachsamem und kritischen Auge.

Die neuesten Themen:

[Der Summeneffekt im Beamtenrecht](#)

[Lehrer als Beamte: Hat die Vernunft gesiegt?](#)

[Nach der Wahl: Steinbrücks Stinkefinger und das Beamtenrecht](#)

Zu weiteren Blog-Beiträgen geht es [hier](#).



Der Blog zu Pro & Contra der Reform!

Von und mit Dr. Maximilian Baßlsperger. Er ist Experte auf dem Gebiet des öffentlichen Dienstrechts und seit 15 Jahren als Kommentator für das Bayerische Beamtenrecht tätig.

[\[Direkt zum Blog\]](#)